



Medienmitteilung

Volksabstimmung vom 8. Februar 2009

Bündner Gewerbeverband sagt JA zur Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit der EU

Der Kantonalvorstand des Bündner Gewerbeverbandes hat mit sehr grosser Mehrheit die JA-Parole zur Abstimmung über die Weiterführung und Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU beschlossen. Der Befürworter der Vorlage, NR Tarzisius Caviezel, FDP, konnte das Bündner Gewerbeparlament mit seinen Argumenten wesentlich besser überzeugen, als der Gegner Reto Rauch (Vizepräsident SVP Graubünden).

Der Ausschlag für die eindeutige Parole gab, dass sich die Personenfreizügigkeit mit der EU für die Schweiz, aber im Besonderen auch für Graubünden seit ihrer Einführung im Jahr 2002 klar ausgezahlt hat. Nebst der Ankurbelung des Wirtschaftswachstums konnten schweizweit allein in den letzten drei Jahren 250'000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden und die Rekrutierung von sowohl qualifizierten als auch unqualifizierten Arbeitskräften wurde massiv erleichtert. Davon konnten insbesondere die KMU – in Graubünden namentlich die Baubranche, die Hotellerie, das Gastgewerbe – aber beispielsweise auch das Gesundheitswesen sehr stark profitieren. Der erleichterte Zugang von hochqualifizierten Arbeitskräften aus den EU-Staaten ist für die exportierende Wirtschaft von grösster Bedeutung. Die exportorientierten KMU haben Zugang zu einem um mehrere 100 Millio-

nen Konsumenten erweiterten Markt erhalten. Nicht zuletzt haben sich auch die flankierenden Massnahmen zum Schutz gegen Lohn- und Sozialdumping bewährt, ohne dass die Vorzüge unseres flexiblen Arbeitsmarktes hätten geopfert werden müssen.

Vor diesem Hintergrund wäre eine Abkehr von der Personenfreizügigkeit oder gar der Wegfall aller 7 sektoriellen Abkommen der Bilateralen I (welcher bei einem Nein zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien drohen würde) für die Schweiz und Graubünden wirtschaftlich gesehen eine Katastrophe. Der Kantonalvorstand des Bündner Gewerbeverbandes hat zur Weiterführung und Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU deshalb fast einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Chur, 21. Januar 2009

Auskunftsperson:

Jürg Michel, Direktor Bündner Gewerbeverband 081/257 03 23